

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	21
B. Die Schaffung der Europäischen Betriebsräte	24
I. Die Vorgeschichte	24
1. Erste Bestrebungen in den siebziger Jahren	24
2. Der Entwurf der Vredeling-Richtlinie	25
3. Die Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	27
II. Der Weg zu einer ersten Richtlinie über Europäische Betriebsräte	28
III. Die Verabschiedung der Richtlinie mithilfe des Vertrags von Maastricht	30
C. Die erste Richtlinie über Europäische Betriebsräte (Richtlinie 94/45/EG)	34
I. Die Ausgestaltung als Richtlinie	34
II. Der Inhalt der Richtlinie	36
1. Aufbau der Richtlinie und Präambel	36
2. Geltungsbereich der Richtlinie	37
a) Räumlicher Geltungsbereich	37
b) Sachlicher Geltungsbereich	38
aa) Der Begriff des Unternehmens	39
bb) Der Begriff der Unternehmensgruppe	40
cc) Das Merkmal „gemeinschaftsweit operierend“	42
3. Weitere Definitionen	44
4. Das Verfahren zur Einrichtung der transnationalen Unterrichtung und Anhörung	45
a) Europäischer Betriebsrat kraft Vereinbarung oder Einrichtung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer	45
aa) Das besondere Verhandlungsgremium	45

bb) Die Vereinbarung über den Europäischen Betriebsrat oder ein Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung	47
b) Europäischer Betriebsrat kraft Gesetzes	47
5. Sonstige Bestimmungen	50
a) Die Umstände der Unterrichtung und Anhörung	50
b) Schutzbestimmungen	51
c) Ausnahmen vom Anwendungsbereich der Richtlinie	52
d) Schlussbestimmungen	53
D. Der Weg zur zweiten Richtlinie	54
I. Europäische Betriebsräte in Großbritannien	54
II. Änderungen der Richtlinie durch die EU-Osterweiterung	55
III. Weitere Rechtsentwicklung	56
IV. Rechtsprechung des EuGH mit Einfluss auf die Neufassung der EBR-Richtlinie	59
1. Die Bofrost-Entscheidung von 2001	59
a) Der Streitfall	59
b) Die Entscheidungen der Instanzgerichte (ArbG Wesel und LAG Düsseldorf)	60
c) Die Entscheidung des EuGH	62
d) Bewertung	63
2. Die Kühne & Nagel-Entscheidung von 2004	65
a) Der Streitfall	65
b) Die Entscheidungen der Instanzgerichte (ArbG Hamburg, LAG Hamburg und BAG)	66
c) Die Entscheidung des EuGH	68
d) Bewertung	70
3. Die ADS Anker-Entscheidung von 2004	71
a) Der Streitfall	71
b) Der Beschluss des ArbG Bielefeld	72
c) Die Entscheidung des EuGH	73
d) Bewertung	74
4. Zusammenfassung	75
V. Bestrebungen zu einer Revision der Richtlinie	75
1. Der Bericht der Kommission im Jahr 2000	75

2. Die Entschließung des Europäischen Parlaments im Jahr 2001	76
3. Die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses im Jahr 2003	77
4. Die Anhörung der Sozialpartner und weitere Stellungnahmen	78
5. Der Entwurf der Kommission im Jahr 2008	79
E. Die neue Richtlinie 2009/38/EG und die Reaktionen aus Deutschland und Frankreich	82
I. Die Präambel	82
II. Zielsetzung und Zuständigkeit	83
1. Der neue Artikel 1	83
2. Die Auslegung des Begriffs der „länderübergreifenden Angelegenheiten“	84
a) Streitstand	84
b) Eigene Stellungnahme	88
III. Neue Definitionen	89
1. Unterrichtung und Anhörung	89
2. Reaktionen auf die neuen Definitionen	90
a) Unterrichtung	90
b) Anhörung	92
c) Anhörung „unbeschadet der Zuständigkeit der Unternehmensleitung“	93
d) Umfang der Beteiligungsrechte	95
IV. Der Auskunftsanspruch der Arbeitnehmer im Vorfeld der Errichtung eines besonderen Verhandlungsgremiums	96
V. Die neue Zusammensetzung des besonderen Verhandlungsgremiums	97
VI. Die Mitteilung über die Bildung des besonderen Verhandlungsgremiums	98
VII. Die Erweiterung der Rechte des besonderen Verhandlungsgremiums	98
VIII. Der Inhalt einer Vereinbarung zwischen dem besonderen Verhandlungsgremium und der zentralen Leitung	99
IX. Änderungen im französischen Richtlinien text in Artikel 9 RL 2009/38/EG	100

X. Erweiterte Rechte und Pflichten der Mitglieder eines Europäischen Betriebsrats	101
1. Änderungen bei der Rolle und dem Schutz der Arbeitnehmervertreter	101
2. Reaktionen auf den neugeschaffenen Schulungsanspruch für EBR-Mitglieder	102
3. Artikel 11	103
XI. Das Verhältnis des Europäischen Betriebsrats zu nationalen Arbeitnehmervertretungsorganen	103
1. Abstimmung der Beteiligung nationaler und internationaler Arbeitnehmervertreter	103
2. Die Reihenfolge der Beteiligung des Europäischen Betriebsrats und der nationalen Vertretungsorganen	104
a) Frankreich	104
b) Deutschland	107
XII. Die Pflicht zur Strukturanpassung und der Umgang mit Vereinbarungen gemäß Artikel 13 RL 94/45/EG	108
1. Die neue Pflicht zur Strukturanpassung in Artikel 13 RL 2009/38/EG	108
2. Der Umgang mit den alten Artikel 13-Vereinbarungen gemäß Artikel 14 RL 2009/38/EG	109
3. Strukturanpassungspflicht im Fall einer alten Artikel 13-Vereinbarung	111
4. Reaktionen aus Deutschland und Frankreich	113
XIII. Sonstige Regelungen	114
XIV. Änderungen in den Vorschriften zum Europäischen Betriebsrat kraft Gesetzes	115
1. Die Zusammensetzung kraft Gesetzes	115
2. Die Unterrichts- und Anhörungsrechte kraft Gesetzes	116
XV. Weitere Reaktionen aus Deutschland und Frankreich	116
1. Die Rolle der Gewerkschaften	116
2. Weitere Reaktionen	118
a) Deutschland	118
b) Frankreich	119
XVI. Internationale Reaktionen auf die neue Richtlinie	120
1. Die Reaktion der internationalen Sozialpartner	120
2. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments	121
3. Die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses	121

XVII. Eigene Stellungnahme und Fazit	123
F. Die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland und Frankreich	126
I. Das Europäische Betriebsräte-Gesetz und die Reaktionen in der deutschen Literatur	126
1. Erster Teil - §§ 1 bis 7 EBRG – Allgemeine Vorschriften	127
a) Unterrichtung und Anhörung, Zuständigkeit des Europäischen Betriebsrats	127
b) Geltungsbereich	129
c) Die Rolle der leitenden Angestellten im EBRG	131
d) Auskunftsanspruch	133
e) Herrschendes Unternehmen	134
2. Zweiter Teil - §§ 8 bis 16 EBRG – Das besondere Verhandlungsgremium	136
a) Aufgabe und Bildung des besonderen Verhandlungsgremiums	136
b) Zusammensetzung des besonderen Verhandlungsgremiums	137
c) Bestellung der Mitglieder des besonderen Verhandlungsgremiums	139
d) Rechte des besonderen Verhandlungsgremiums	143
3. Dritter Teil - §§ 17 bis 20 EBRG – Der Europäische Betriebsrat kraft Vereinbarung	147
4. Vierter Teil - §§ 21 bis 37 EBRG – Der Europäische Betriebsrat kraft Gesetzes	149
a) Voraussetzung und Zusammensetzung des Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes	149
b) Bestellung der Mitglieder des Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes	151
c) Geschäftsführung des Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes	151
d) Mitwirkungsrechte	153
e) Tendenzschutz	154
f) Änderung der Zusammensetzung	157
5. Fünfter Teil - §§ 34 bis 39 EBRG – Gemeinsame Bestimmungen	157
a) Vertrauensvolle Zusammenarbeit und Geheimhaltungspflicht	158

b) Wesentliche Strukturänderung	159
c) Schulungsanspruch	161
d) Kosten, Sachverständige und Schutz der Arbeitnehmervertreter	162
6. Sechster Teil - § 41 EBRG – Bestehende Vereinbarungen	164
7. Siebter Teil - §§ 42 bis 45 EBRG – Besondere Vorschriften, Straf- und Bußgeldvorschriften	166
8. Fazit	168
II. Umsetzung in Frankreich im Vergleich zu Deutschland	170
1. Das System des kollektiven Arbeitsrechts in Frankreich	170
2. Die Umsetzung der Richtlinie 94/45/EG und der Richtlinie 2009/38/EG	174
a) Umsetzungsregelungen und Neustrukturierung des Code du Travail	174
b) Bewertung der äußeren Unterschiede zwischen EBRG und Code du Travail	175
3. Die Umsetzungsvorschriften des Code du Travail	176
a) Information et consultation	176
b) Anwendungsbereich	178
c) Berechnung der Schwellenwerte	179
d) Definition des herrschenden Unternehmens	179
e) Länderübergreifende Angelegenheit	180
f) Auskunftsanspruch der Arbeitnehmer	180
g) Besonderes Verhandlungsgremium und Europäischer Betriebsrat kraft Gesetzes	181
aa) Bestimmung der Mitglieder	181
bb) Zusammensetzung	184
cc) Tätigkeit des besonderen Verhandlungsgremiums	186
dd) Zeitpunkt der Bildung eines Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes	187
h) Der Europäische Betriebsrat kraft Vereinbarung	188
aa) Zusammensetzung	188
bb) Betriebsratstätigkeit	191
cc) Arbeitnehmer aus Nichtmitgliedstaaten	193
i) Keine vorherige Anhörung bei öffentlichen Übernahmeangeboten	194
j) Strukturanpassung	195
aa) Regelungen nach Artikel 13 RL 94/45/EG	195

bb) Änderung der Zusammensetzung des Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes	196
cc) Auflösung des Europäischen Betriebsrats	197
dd) Abstimmung der Tätigkeit des comité de groupe und des Europäischen Betriebsrats	197
k) Engerer Ausschuss	199
l) Zeitpunkt der Anhörung	199
m) Information der lokalen Arbeitnehmervertreter	201
n) Schulungen	201
o) Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit	204
4. Fazit	204
G. Die Durchsetzung der Rechte des Europäischen Betriebsrats in Deutschland und Frankreich, insbesondere im Wege eines Unterlassungsanspruchs gegenüber dem Arbeitgeber	206
I. Die Situation in Frankreich	206
1. Rechtsprechung	206
a) Die Renault-Entscheidung des TGI Nanterre von 1997	206
b) Die Gaz de France-Entscheidung der Cour de Cassation von 2008	209
2. Rechtliche Situation	213
II. Die Situation in Deutschland	215
1. Die Rechtsprechung aus Köln	215
a) Der Beschluss des LAG Köln	215
b) Der Beschluss des ArbG Köln	217
2. Rechtliche Situation	218
a) Anforderungen und Zielsetzung der Richtlinie	219
b) Messung des EBRG an den Anforderungen der Richtlinie	221
aa) Prozessuale Durchsetzbarkeit der Unterrichts- und Anhörungsrechte	221
bb) Strafrechtliche Sanktionierung der Verletzung der Unterrichts- und Anhörungsrechte	222
(1) Europäischer Betriebsrat kraft Gesetzes	222
(2) Europäischer Betriebsrat kraft Vereinbarung	223

(3) Exkurs: Regelung eines Unterlassungsanspruchs in einer EBR-Vereinbarung	224
(4) Zwischenergebnis	226
c) Vereinbarkeit eines Unterlassungsanspruchs mit der Richtlinie	227
d) Richtlinienkonforme Auslegung des EBRG	229
aa) Anspruch aus § 45 EBRG	230
bb) Anspruch aus § 40 EBRG	231
cc) Anspruch aus §§ 42 Nr. 2, 44 Abs. 1 Nr. 2 EBRG	233
dd) Anspruch aus § 34 Satz 1 EBRG	235
ee) Anspruch aus § 1 Abs. 4 und Abs. 5 EBRG	236
(1) Wortlaut und Systematik	236
(2) Historische Auslegung	241
(3) Teleologische Auslegung	243
e) Ergebnis	245
3. Bewertung	246
H. Weitere Rechtsprechung aus Deutschland und Frankreich	247
I. Der Reisekosten-Beschluss des ArbG Hamburg von 1997	247
II. Der Forbo-Beschluss des LAG Niedersachsen von 2004	248
III. Die Alcatel-Lucent-Entscheidung des TGI Paris von 2007	250
IV. Entscheidungen des ArbG Lörrach und des LAG Baden-Württemberg aus den Jahren 2013 und 2014	251
1. Eigene Intranetseite des Europäischen Betriebsrats	252
2. Persönliche Unterrichtung der nationalen Arbeitnehmervertreter	253
a) ArbG Lörrach	253
b) LAG Baden-Württemberg	254
3. Hinzuziehung weiterer Gewerkschaftsbeauftragter zu den Sitzungen des Europäischen Betriebsrats	255
I. Die Situation Europäischer Betriebsräte in der Praxis	259
I. EBR-Referententreffen bei der Hans-Böckler-Stiftung im September 2014	259

II. Praktische Umsetzung am Beispiel der Tui AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Bahn AG	262
1. Die Ausgestaltung der Gremien	262
a) Tui AG	262
b) Deutsche Telekom AG	263
c) Deutsche Bahn AG	264
2. Das Unterrichts- und Anhörungsverfahren	265
a) Tui AG	265
b) Deutsche Telekom AG	266
c) Deutsche Bahn AG	266
3. Sprachen, Dolmetscher	267
4. Zuständigkeiten der Gremien	267
5. Sanktionen	268
6. Schulungsanspruch	269
7. Beteiligung der Gewerkschaften	269
8. Ausblick	270
9. Auswertung	270
J. Aktuelle Entwicklung	272
K. Gesamtergebnis	274
Literaturverzeichnis	279